

Die europäische Idee auf dem Westbalkan festigen

Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin 10. November 2015

Nachdem die Europäische Union 2003 in Thessaloniki allen Westbalkanstaaten eine Beitrittsperspektive zugesichert hat, haben in den Folgejahren einzelne Länder große Fortschritte bei der EU-Annäherung gemacht. Dieser Prozess hat in den vergangenen Jahren an Fahrt verloren. Eine klare EU-Beitrittsperspektive schwindet, die Reformbereitschaft der politischen Eliten einzelner Länder hat abgenommen. Gleichzeitig hat die internationale Finanzkrise die Westbalkanstaaten stark getroffen.

Im Jahr 2015 steht der Westbalkan noch vor großen Herausforderungen:

- Nach wie vor prägen Korruption, Vetternwirtschaft und Klientelismus die Gesellschaften. Das zerstört das Vertrauen in Politik sowie in zuverlässige Verwaltung und lähmt Unternehmertum.
- Nach wie vor sind zwischenstaatliche Fragen ungeklärt. Das behindert gute nachbarschaftliche Beziehungen.
- Nach wie vor konstatieren wir machtlose Parlamente, intransparente politische Entscheidungen, eine politisch abhängige Justiz und fehlende Medienfreiheit. Diese defizitären politischen Systeme berauben die Menschen jener Vorteile, die wir aus einer funktionierenden Demokratie ziehen.
- Nach wie vor ist die wirtschaftliche Lage prekär. Die Nachfolgestaaten Jugoslawiens konnten bis heute nicht einmal das Vorkriegsniveau der späten 1980er Jahre erreichen. Leidtragend ist besonders die Jugend mit extrem hoher Arbeitslosigkeit. Viele verlassen, oftmals gut ausgebildet, ihr Land.

Diese unbewältigten Herausforderungen beeinträchtigen die Stabilität in der Region. Der gesellschaftliche Frieden ist in Gefahr. Auch ethnische Konflikte sind wieder entflammbar.

Die Menschen auf dem Westbalkan verlieren den Glauben an ihre europäische Zukunft: Zu viele geben den Umwerbungen des internationalen Terrorismus nach. Andere finden ihre Vorbilder in autoritären politischen Herrschern, die das westliche demokratische Gesellschaftsmodell im Grundsatz ablehnen.

Zugleich engagieren sich China, Russland, die Türkei, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar zunehmend auf dem Westbalkan und füllen dabei Lücken, welche die Europäische Union offen lässt.

In dieser Verfassung ist der Westbalkan ein Brennpunkt der aktuellen Flüchtlingsbewegungen. Einerseits passieren viele Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak die Westbalkanstaaten, andererseits beantragen auch viele Menschen aus den Westbalkanstaaten angesichts der

Perspektivlosigkeit – meist aussichtslos – Asyl in Deutschland. Hätten die Menschen auf dem Westbalkan eine wirtschaftliche Zukunft, wäre unser Asylsystem heute weniger belastet. Europa scheiterte beim Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens und verhinderte die blutigen Kriege der 1990er Jahre nicht. Jetzt rächt sich, dass wir in den Jahren danach die europäische Integration und wirtschaftliche Entwicklung des Westbalkans nicht entschieden genug gefördert und eingefordert haben. Die Europäische Union muss dem Westbalkan deswegen nun besondere Aufmerksamkeit schenken.

Durch ein verstärktes Engagement haben wir die Chance, in der unmittelbaren Nachbarschaft der Europäischen Union für Stabilität zu sorgen. Viele Menschen in der Region setzen ihre Hoffnungen auf Deutschland. Deutschland kann seinen Einfluss in der Europäischen Union und international für eine positive Entwicklung des Westbalkans nutzen.

Wir begrüßen deswegen die von der Bundesregierung mit der Berliner Konferenz im August 2014 angestoßene Westbalkaninitiative. Der Bundesregierung ist es gelungen, einen Prozess in Gang zu setzen, der in diesem Sommer bei der Folgekonferenz in Wien weiter an Dynamik gewann. Dieser Prozess bietet die Gelegenheit, die Annäherung der Westbalkanstaaten untereinander und in Richtung Europäische Union substanziell voranzubringen und die Region zu stabilisieren. Daher fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, folgende Ziele mit Nachdruck zu verfolgen:

1. Dem EU-Beitrittsprozess der Westbalkanstaaten neuen Schwung verleihen.

- **Die Beitrittsverhandlungen dynamischer gestalten.** Ohne die bestehenden Konditionen abzuschwächen, sollten wir eine Öffnung der einzelnen Verhandlungskapitel erleichtern. Die Verhandlungen über Kapitel 23 und 24 zur Rechtsstaatlichkeit sowie Kapitel 32 zur Finanzkontrolle sollten bereits nach Beitrittsersuchen schnellstmöglich aufgenommen werden. Gleiches gilt im Fall Serbiens auch für Kapitel 35 zu den Beziehungen zum Kosovo.
- **Die einzelnen Beitrittsprozesse mit den Ländern der Region beleben.** Dafür müssen wir klare politische Signale senden. Dies kann bei den Staaten, die bereits Beitrittsverhandlungen mit der EU führen, durch das Öffnen maßgeblicher Verhandlungskapitel geschehen. Das Kosovo betreffend sollte das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen baldmöglichst in Kraft treten und die Visafreiheit zeitnah realisiert werden.
- **Beitrittskandidaten, die vor besonderen Hindernissen stehen, bei der Suche nach pragmatischen Lösungen unterstützen.** Dies betrifft für Mazedonien den Namensstreit mit Griechenland und für Serbien das Verhältnis zu Kosovo. In Bosnien und Herzegowina lähmt die Dayton-Verfassung die weitere Entwicklung. Kosovo fehlt weiterhin die Anerkennung durch fünf EU-Mitgliedstaaten.
- **Regionale politische Kooperation unterstützen.** Wir erwarten eine Stärkung der inner-regionalen Beziehungen von Regierungen und Parlamenten aus der Region heraus. Gute und konstruktive Beziehungen zwischen Serbien und Albanien spielen für Lösungen im südlichen Westbalkan eine wesentliche Rolle. Wir möchten die eigenen Möglichkeiten der Staaten zur Verständigung und Problemlösung stärken.

- **Reformkräfte unterstützen.** Wir sollten nach Möglichkeiten suchen, mit denen wir die reformorientierten Kräfte in den Westbalkanstaaten unterstützen. Dies könnte unter anderem durch erfahrene Beraterteams geschehen, die in konkreten Situationen Hilfestellung geben.
- **Unsere Partner in der Europäischen Union einbeziehen.** Initiativen einzelner EU-Mitglieder wie der „Berliner Prozess“ und der Steinmeier-Hammond-Plan, der für Bosnien und Herzegowina wirtschaftliche und soziale Verbesserungen in den Vordergrund stellt, geben der EU-Annäherung des Westbalkans wichtige Impulse. Damit sie an Wirkung gewinnen, sollte die Europäische Union als Ganzes in den weiteren Prozess eingebunden werden.

2. Die wirtschaftliche Entwicklung verbessern.

- **Korruption bekämpfen.** Wir möchten die Arbeit der nationalen Agenturen zur Korruptionsbekämpfung ausdrücklich gestärkt sehen und regen eine intensivere Zusammenarbeit mit der europäischen Agentur OLAF an. Fortschritte beim Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität sollten bereits vor der formalen Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erzielt werden.
- **Konkrete Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur beschließen.** Die Westbalkanstaaten sollten sowohl untereinander als auch zur Europäischen Union hin besser angebunden werden. Dies betrifft den Straßen-, Bahn- und Luftverkehr, die Binnenschifffahrt und die Energieversorgung. Es ist gemeinsame Aufgabe der Europäischen Union und der Westbalkanstaaten, insbesondere die paneuropäischen Verkehrskorridore auszubauen. Im „Berliner Prozess“ wurden einzelne vordringliche Projekte ausgewählt; diese Liste ist zu erweitern und umzusetzen. Gemeinsam mit der Europäischen Union, den internationalen Finanzinstituten und bilateralen Gebern sind geeignete Finanzierungsmodelle zu entwickeln.
- **Investitionen fördern.** Um die Investitionen europäischer Unternehmen zu erleichtern, müssen die einzelnen Staaten verlässliche Investitionsbedingungen schaffen. Wir sollten unseren Beitrag dazu leisten, indem wir den Ausbau der Außenhandelskammern auf dem Westbalkan unterstützen. Gleichzeitig sollten kleinere und mittlere Unternehmen vor Ort einen leichteren Zugang zu Krediten erhalten. Dies wäre ein verstärktes Betätigungsfeld für die Kreditanstalt für Wiederaufbau.
- **Die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit fördern.** Bei den Westbalkanstaaten handelt es sich um kleine Marktwirtschaften, für die eine stärkere Kooperation existenziell ist. Deswegen sind der Regionale Kooperationsrat und die CEFTA zu stärken. Von den Westbalkanstaaten ist eine stärkere Zusammenarbeit in diesem Rahmen einzufordern.
- **Innovationen fördern.** Eine stärkere regionale Kooperation im Bildungs- und Wissenschaftsbereich bildet die Grundlage für mehr Innovationen. Wir sollten daher ein Wissenschaftsabkommen zwischen den Westbalkanstaaten sowie mit der Europäischen Union anregen.

- **Die wirtschaftliche Entwicklung soll den Menschen dienen.** Mit dem Ziel einer starken Sozialpartnerschaft sollten wir die regionale Zusammenarbeit auch auf Arbeitnehmerseite fördern. Stärker als bisher sollen die vorhandenen Kleinst- und Kleinbetriebsstrukturen und die spezifischen Traditionen in die Überlegungen zum Aufbau der regionalen Wirtschaft einbezogen werden. Trotz der geplanten Infrastrukturprojekte sollten weiterhin EU-Haushaltsmittel für Projekte der sozialen Kohäsion und zur Entwicklung der kommunalen Infrastruktur zur Verfügung stehen.
- **Moderne Berufsbildungssysteme aufbauen.** Moderne Ökonomien leben von den Qualifikationen ihrer Fachkräfte. Daher sollte der Aufbau eines beruflichen Ausbildungswesens vorangetrieben werden, das den Jugendlichen mehr Perspektiven in ihren Ländern eröffnet. Das deutsche Modell der dualen Ausbildung kann dabei Vorbildcharakter haben. Beim Aufbau der schulischen und betrieblichen Berufsbildung müssen die Regierungen unterstützt werden. Auch die EU ist aufgefordert, ihre Initiative gegen die Jugendarbeitslosigkeit in diese Region auszuweiten. Gleichzeitig zu den Stipendien für Studierende sollten auch Nichtakademikerinnen und Nichtakademiker die Möglichkeit erhalten, eine qualitativ gute berufliche Bildung innerhalb der EU zu erwerben.
- **Die Europäische Union soll wichtigster Handelspartner des Westbalkans bleiben.** Seit einigen Jahren bauen die Türkei, Russland oder China ihre wirtschaftlichen Aktivitäten auf dem Westbalkan zunehmend aus. Die Europäische Union verliert hingegen an Attraktivität. Die Westbalkanstaaten wirtschaftlich stärker an die Europäische Union zu binden, liegt in unserem eigenen wirtschaftlichen Interesse.

3. Demokratie und Zivilgesellschaft stärken.

- **Den demokratischen Wandel einfordern.** Intakte politische Parteien in Regierung wie Opposition sind zentrale Elemente einer demokratischen Gesellschaft. Unsere politischen Parteien sind aufgefordert, in Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern ihrer Schwesterparteien Verbesserungen bei der innerparteilichen Demokratie anzumahnen. Daneben sollten wir eine Stärkung der Parlamente einfordern.
- **Zivilgesellschaftliche Kräfte fördern.** Viele junge Menschen haben sich frustriert von der Politik abgewendet. Dennoch wollen sie etwas für ihre Gesellschaft tun. In Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Gruppen leisten sie gute Arbeit. Sie engagieren sich bei der Demokratisierung, der Korruptionsbekämpfung, der politischen Bildung, der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie sexueller und ethnischer Minderheiten. Wir sollten einerseits mit ihnen zusammenarbeiten und dadurch die politischen Eliten dazu animieren, sich konstruktiv mit ihren Anliegen zu befassen. Andererseits sollten wir sie dazu ermuntern, in Parteien mitzuwirken, um auf diesem Weg die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu verändern.
- **Nationalismus bekämpfen.** Zunehmender Nationalismus ist ein europaweites Problem. Er findet auf dem Westbalkan durch die Sezessionskriege der Vergangenheit besonderen Nährboden. Wir brauchen einerseits eine europäische Strategie zur Bekämpfung von Nationalismen. Andererseits können wir auf dem Westbalkan gegen Nationalismus vorge-

hen, indem wir die demokratischen Kräfte, eine unabhängige und kritische Medienlandschaft und die Aufarbeitung der Geschichte unterstützen.

- **Geschichte aufarbeiten.** Wir sollten von den Nachfolgestaaten Jugoslawiens einfordern, die gemeinsame Geschichte aufzuarbeiten und diese in Schulbüchern niederzuschreiben. Auch sollten wir die Aufklärung der politischen Verbrechen begleiten. Durch unsere Erfahrungen mit der Aufarbeitung der Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR können wir den jetzt einsetzenden Lustrationsprozess aktiv unterstützen.
- **Die kulturelle Zusammenarbeit fördern.** Kultur verbindet und stärkt den europäischen Gedanken. Städte- und Schulpartnerschaften sind ein sinnvoller Rahmen für die kulturelle Zusammenarbeit. Wir sollten eine Übereinkunft zur Etablierung zwischenstaatlicher Städtepartnerschaften auf dem Westbalkan anregen.
- **Den Aufbau des „Regional Youth Cooperation Office“ fördern.** Ein regionales Jugendwerk nach dem politischen Vorbild der Deutsch-Französischen und Deutsch-Polnischen Jugendwerke hilft, den europäischen Gedanken in den Westbalkan zu tragen und das gegenseitige Vertrauen in der Region wiederherzustellen. Nach dem multilateralen Beschluss bei der Wiener Westbalkan-Konferenz sollten wir die Westbalkanstaaten dabei unterstützen, zügig die Strukturen, die Finanzierung und die Ausgestaltung der Austauschprogramme festzulegen.